

Beschlussvorlage	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 201 - Ressort Soziales
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Alexander Engelhard 563 2474 563 8038 Alexander.Engelhard@stadt.wupperta l.de
	Datum:	03.05.2006
	Drucks.-Nr.:	VO/0450/06 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
08.06.2006	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie	Empfehlung/Anhörung
13.06.2006	Ausschuss für Finanzen und participationssteuerung	Empfehlung/Anhörung
14.06.2006	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
19.06.2006	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger und der Kosten nach Hartz IV - Bericht und Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe		

Grund der Vorlage

1. Da die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II in Wuppertal (wie auch im bundesweiten Trend) im 1. Quartal 2006 deutlich gestiegen ist, hält die Verwaltung eine Information des Rates der Stadt hierüber wie auch über die finanziellen Konsequenzen für erforderlich.
2. Mittelbewilligung unter Bezug auf § 82 GO NRW und § 7 Abs. 1 Zuständigkeitsordnung der Stadt Wuppertal.

Beschlussvorschlag

1. Der Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Fallzahlen und der dadurch verursachten Kostensteigerung im Bereich der Grundsicherung nach dem SGB II wird entgegen genommen.
2. Im Verwaltungshaushalt 2006 wird bei der Haushaltsstelle
 - a. 4820-691.0000 einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von **9.500.000 €**
 - b. 4820-693.0000 einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von **600.000 €**
 zugestimmt.

Einverständnisse

Der Kämmerer ist einverstanden.

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

In Wuppertal ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften seit Januar 2005 von 19.183 um 25,86 % auf 24.143 im März 2006 gestiegen. Bundesweit ist nach den u. a. vom Deutschen Städtetag herausgegebenen Mitteilungen die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die Arbeitslosengeld II beziehen, im März 2006 gegenüber dem Januar des Vorjahres um rd. 18 % gestiegen. Die Auswertungen des Städtetages nach dem ersten Quartal 2006 ergeben sogar Steigerungen bei den überwiegend von den Kommunen zu finanzierenden Wohnungskosten um fast 25 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs.

Für die Stadt Wuppertal entstehen durch die steigende Zahl an Bedarfsgemeinschaften in 2006 Mehrausgaben in Höhe von 9.500.000 €. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 4820-191.0000 in Höhe von 2.746.500 € gegenüber. Damit wird der städt. Haushalt netto mit 6.948.200 € belastet.

Die steigende Anzahl von Bedarfsgemeinschaften führt ebenso zu einem erhöhten Bedarf an einmaligen Leistungen (Erstausstattungen für Bekleidung, Möbel und Hausrat; Kosten für Klassenfahrten). Hier sind zusätzliche Ausgaben in Höhe von 600.000 € zu erwarten.

Zur Entwicklung wird auf die in der Anlage ausgewiesenen Schaubilder verwiesen.

Kosten und Finanzierung

Im Haushaltsplan 2006/2007 wurden im Unterabschnitt 4820 bei der Ausgabe-Nr. –691.0000 „Leistungsbeteiligung bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende nach § 22 SGB II“ 87,4 Mio. € pro Jahr veranschlagt. Dieser Ausgabeposition sollten planmäßig bei der Einnahme-Nr.: -191.0000 „Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende“ Einnahmen in Höhe von 25.433.400 € gegenüberstehen. Dies bedeutete gem. Haushaltsplan eine zu erwartende (Netto-) Kostenlast der Stadt von 61.966.600 € (87.400.000 € - 25.433.400 €).

Durch die zu erwartende Fallzahlsteigerung im Laufe des Jahres 2006 sind als Ausgaben für die Kosten der Unterkunft derzeit 96.900.000 € zu prognostizieren. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von 9.500.000 €. Der Prognose für die Ausgabe steht die Prognose der Einnahme in Höhe von 28.197.900 € gegenüber. Dies bedeutet eine (Netto-) Belastung der Stadt von 68.702.100 € in 2006.

Bei der Ausgabe-Nr. –693.0000 wurden 2,6 Mio. € pro Jahr veranschlagt. Aufgrund der gegenüber der Einplanung weiter deutlich gestiegenen Fallzahlen muss derzeit in 2006 mit einem Bedarf in Höhe von rd. 3.200.000 € gerechnet werden.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich inzwischen eingeleitete Maßnahmen bzw. gesetzliche Änderungen kostenmindernd auswirken. Die Verwaltung schlägt deshalb zunächst die Genehmigung folgender überplanmäßiger Ausgaben vor

Haushaltsstelle 4820-691.0000: 9.500.000 €
Haushaltsstelle 4820-693.0000 600.000 €

Es ist nicht auszuschließen, dass in der 2. Jahreshälfte, wenn verlässlichere Zahlen vorliegen, ein zusätzlicher Bedarf anzumelden ist. Geht man allerdings von den ersten vorsichtig positiven Aussagen der ARGE Wuppertal und benachbarter Kommunen aus, sollte der beantragte Betrag ausreichen.

Ein Deckungsvorschlag kann leider nicht unterbreitet werden. Die Deckung ist im Rahmen der weiteren Haushaltsführung zu suchen..

Anlagen

- 01 – Schaubild zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften
- 02 – Schaubild zur Entwicklung der „Kosten der Unterkunft“
- 03 - Prognose